

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Amtshauptmannschaft Weissen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt. Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614

Nr. 176

Dienstag den 3. August 1920

79. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Nachstehende Bekanntmachung wird hiermit zur allgemeinen Nachricht zur öffentlichen Kenntnis gebracht.
Dresden, am 29. Juli 1920.

571 III Kr. 1 A

Wirtschaftsministerium.

Bekanntmachung über die Aufhebung des Verbots der Ankündigung und Abhaltung von Ausverkäufen für Textilwaren.

Vom 12. Juli 1920.

Auf Grund der Verordnung der Reichsregierung über wirtschaftliche Maßnahmen auf dem Textilgebiet vom 1. Februar 1919 (RdBl. S. 174) wird bestimmt:

§ 1.

Die Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle über das Verbot der Ankündigung und Abhaltung von Ausverkäufen vom 12. April 1919 (Reichsanzeiger Nr. 85 vom 12. April 1919) sowie § 6 der Bekanntmachung, betreffend Aufhebung der Bundesratsverordnungen über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren vom 10. Juni/23. Dezember 1916 (RdBl. S. 1420) und über Befugnisse der Reichsbekleidungsstelle vom 22. März 1917 (RdBl. S. 257) vom 27. November 1919 (RdBl. S. 1922) werden aufgehoben.

§ 2.

Die Bekanntmachung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.
Berlin, am 12. Juli 1920.

Der Reichswirtschaftsminister.
J. K. Dr. Firsch.

Öffentliche Aufforderung

zur Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung zum Reichsnotopfer. Zur Abgabe einer Steuererklärung sind verpflichtet:

1. a) die Angehörigen des Deutschen Reichs;
b) Angehörige außerdeutscher Staaten, die die deutsche Staatsangehörigkeit erst nach dem 31. Juli 1914 verloren haben, und Staatenlose, die am 31. Dezember 1919 im Deutschen Reich einen Wohnsitz oder in Ermangelung eines Wohnsitzes ihren dauernden Aufenthalt gehabt haben;
c) Angehörige außerdeutscher Staaten, die sich am 31. Dezember 1919 im Deutschen Reich dauernd des Gewerbes wegen aufgehalten haben; falls die zu a bis c Genannten am 31. Dezember 1919 allein oder mit ihrer Ehefrau ein Vermögen von 5000 Mark und darüber gehabt haben oder eine Aufforderung zur Abgabe der Steuererklärung erhalten;
2. die nachstehend Genannten, und zwar ohne Rücksicht auf die Höhe des Vermögens:
a) inländische Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Kolonialgesellschaften, Bergwerksvereine und andere Bergbau treibende Vereinigungen, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Versicherungsvereine, eingetragene Genossenschaften, deren Anteile auf mindestens 50 Mark lauten, sowie Kreditinstitute;
b) sonstige inländische juristische Personen;
c) inländische nichtrechtsfähige Vereine sowie sonstige inländische Vermögensmassen, die nicht dem Vermögen anderer Abgabepflichtiger anzurechnen sind, insbesondere Stiftungen ohne juristische Persönlichkeit;
d) die Eigentümer von inländischem Grund- und Betriebsvermögen oder diejenigen Personen, denen nach Artikel 297 i des Friedensvertrages eine Entschädigung gewährt worden oder zu gewähren ist;
3. wer zur Abgabe der Steuererklärung nach Nr. 1 und 2 Verpflichtete zu vertreten hat.

Die Angehörigen des Deutschen Reichs, die sich bereits vor dem 31. Juli 1914 mindestens zwei Jahre ununterbrochen des Gewerbes wegen oder aus anderen zwingenden Gründen im Ausland aufgehalten haben, ohne einen Wohnsitz im Inland zu haben, und noch am 31. Dezember 1919 im Ausland gewohnt haben, sind zur Abgabe einer Steuererklärung nur insoweit verpflichtet, als sie zu den oben unter 2 d bezeichneten Personen gehören. Diese Ausnahme findet jedoch keine Anwendung auf Reichs- und Staatsbeamte, die ihren dienstlichen Wohnsitz im Ausland gehabt haben.

Die zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung unter Benützung des vorgeschriebenen Vordrucks

spätestens bis 30. September 1920

bei der Gemeindebehörde (in Städten: Stadtsteuerannahme oder Stadtsteueramt) oder bei dem unterzeichneten Finanzamt einzureichen. Vordrucke für die Steuererklärung können von dem unterzeichneten Finanzamt bezogen werden, und zwar, soweit den

Steuerpflichtigen Vordrucke nicht zugeföhrt worden sind und es sich um die beiden ersten Stücke handelt, kostenlos und, soweit weitere Stücke verlangt werden, gegen Zahlung von einer Mark für jedes weitere Stück. Die Verpflichtung zur Abgabe der Steuererklärung besteht auch dann, wenn ein Vordruck nicht zugeföhrt worden ist. Vordrucke zu Steuererklärungen für natürliche Personen können, soweit nicht mehr als zwei Stücke begehrt werden, auch bei der Gemeindebehörde (in Städten: Stadtsteuerannahme oder Stadtsteueramt) entnommen werden.

Die Einreichung schriftlicher Erklärungen durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf die Gefahr des zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefs. Mündliche Erklärungen werden von dem unterzeichneten Finanzamt während der Geschäftsstunden Montags bis Freitags von 7-12 Uhr vorm. und 2-5 Uhr nachm., Sonnabends von 7-3 Uhr nachm. zu Protokoll entgegengenommen.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, wird mit Geldstrafen zu der Abgabe der Steuererklärung angehalten; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 vom Hundert der endgültig festgesetzten Steuer auferlegt werden.

Wer das Reichsnotopfer ganz oder teilweise hinterzieht oder zu hinterziehen versucht oder eine derartige Handlung seines Vorteils wegen begünstigt oder hierbei hilft oder wer seines Vorteils wegen Gegenstände, von denen er weiß oder annehmen muß, daß das Reichsnotopfer für sie hinterzogen ist, verheimlicht, absetzt oder zu ihrem Abgang mitwirkt, wird mit Geldstrafe bis zum dreifachen Betrage der betreffenden Steuer bestraft. Neben der Geldstrafe kann auf Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt sowie die Bestrafung auf Kosten des Verurteilten bekanntgemacht werden. Vermögen, das bei der Veranlagung zum Reichsnotopfer vorsätzlich verschwiegen wird, verfällt zugunsten des Reichs. Sonstige Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften des Gesetzes über das Reichsnotopfer oder die zugehörigen Verwaltungsbestimmungen können mit Ordnungsstrafen bis zu 1000 Mark geahndet werden.

Für die in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1920 auf das Reichsnotopfer bar gezahlten Beträge (§ 41 des Gesetzes) werden 4 vom Hundert als Vergütung gewährt. Die in dem § 30 des Gesetzes über das Reichsnotopfer vorgeschriebene 5prozentige Verzinsung der Steuer vom 1. Januar 1920 ab hört für den durch die Zahlung getilgten Betrag mit dem Tage der Einzahlung auf.
Weissen, am 3. August 1920.

Das Finanzamt.

Öffentliche Aufforderung

Veranlagung der Besitzsteuer.

Auf Grund des § 52 Absatz 1 des Besitzsteuergesetzes vom 3. Juli 1913 (RdBl. S. 524) werden alle Personen sowie die Vertreter von Personen mit einem steuerbaren Vermögen von 20000 M. und darüber, welche weder zum Wehrbeitrag noch bisher zur Besitzsteuer veranlagt worden sind, sowie alle Personen, deren Vermögen sich seit der Veranlagung zum Wehrbeitrag oder gegenüber dem durch Wehrbeitrags-, Besitzsteuer- oder Feststellungsbescheid für eine künftige Veranlagung als maßgebend festgestellten Vermögensstand um mehr als 10000 M. erhöht hat, aufgefordert, die Besitzsteuererklärung nach dem vorgeschriebenen Vordruck

bis zum 30. September 1920

an die Gemeindebehörde (in Städten: Stadtsteuerannahme) des Wohnortes oder das unterzeichnete Finanzamt schriftlich oder vor dem unterzeichneten Finanzamt mündlich unter der Versicherung abzugeben, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind.

Die obenbezeichneten Personen sind zur Abgabe der Steuererklärung verpflichtet, auch wenn ihnen eine besondere Aufforderung oder ein Vordruck nicht zugeht. Auf Verlangen wird jedem Pflichtigen der vorgeschriebene Vordruck von dem unterzeichneten Finanzamt kostenlos geliefert.

Wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben in der Besitzsteuererklärung sind in den §§ 76-78 des Gesetzes mit Geldstrafen und gegebenenfalls mit Gefängnisstrafe bis zu sechs Monaten bedroht. Auch eine fahrlässige Zuwiderhandlung ist strafbar. Die Einreichung schriftlicher Erklärungen durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf Gefahr des Absenders und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefs.

Wer die ihm obliegende Steuererklärung nicht bis zu dem genannten Tage abgibt, kann mit Zwangsgeldstrafen zu der Abgabe angehalten werden, auch hat er einen Zuschlag der geschuldeten Steuer verwirkt.

Weissen, am 3. August 1920.

Das Finanzamt (Bezirkssteuerannahme).

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Zur Durchführung der Entlassung der Zivilbevölkerung wird ein besonderer Reichskommissar bestellt, dem ein Kredit von 300 Millionen bewilligt wird.
- * Der Untersuchung des Reichswirtschaftsrates für Landwirtschaft und Ernährung hat sich für Auflösung der Zwangsverwaltung in einigen Monaten bei vorläufiger Beibehaltung der Fleischtarife ausgesprochen.
- * Bei Wölfen in Ostpreußen sind 40 polnische Offiziere

und 200 Soldaten über die deutsche Grenze gekommen und durch die Sicherheitswehr entwaffnet und interniert worden.

- * Die Eisenbahner haben in der letzten Sitzung des Reichstagsausschusses mit sofortigem Streik gedroht, falls ihre Forderungen nicht erfüllt werden.
- * Die französische Kammer hat mit 200 gegen 88 Stimmen die Vorhänge an Deutschland für die Bezahlung von Lebensmitteln bewilligt.
- * In Baranowitsch haben die polnisch-russischen Waffenstillstandsverhandlungen begonnen.

Ein neues Ultimatum.

Diesmal ist es nicht Herr Millerand, der den Marschall Foch im Rücken, und hinter 6 oder 12 Stunden eine neue Unterwerfung zumutet. Es handelt sich vielmehr um einen Vorgang innerpolitischer Natur, der wie ein Blitz aus heiterem Himmel die hochkommerzielle Atmosphäre plötzlich durchdringt. In die letzte Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages richte, als er sich mit den Be-

schließen seiner Unterkommission über die Einsetzung des Verkehrspersonals in die Befolgsordnung beschaffte, unversehens ein Ultimatum der drei Eisenbahnerverbände hinein, des Inhalts, daß, wenn nicht bis nachmittags drei Uhr ihre Forderungen erfüllt seien, ein Demonstrationstreif der Eisenbahner in ganz Deutschland in die Wege geleitet werden würde. Also nichts von Verständigung, nichts von Verhandlungen. Mit der rücksichtslosen Energie, die heute alle Wirtschaftskämpfe, auch diejenigen unserer Beamtenschaft mehr und mehr auszeichnet, wird der Volksvertretung ein Diktat auferlegt, vor dem es kein Entrinnen zu geben scheint. Denn in unserer jetzigen Lage ein Streik der Eisenbahner — entsetzlicher Gedanke — dessen Schrecken gar nicht zu übersehen sind.

Allein die unmittelbare Wirkung dieses Auftretens entsprach ganz und gar nicht den Erwartungen seiner Urheber. Der Reichsfinanzminister war der erste, der erklärte, daß er diesem Druck nicht weichen könne und nunmehr seine Bemühungen um eine Verständigung in der schwierigen Befolgsfrage einstellen müsse. Denn was hier vor sich gehe, verstoße gegen die Autorität der Regierung, gegen die Demokratie und gegen das Parlament. Man erinnert sich, daß Herr Dr. Wirth schon in einer der ersten Reichstags-Sitzungen feierlich erklärt hat, daß er fortan grundsätzliche finanzielle Forderungen der Beamtenschaft angesichts unserer jämmerlichen Finanzlage nur unter Deckung durch die Volksovertretung bewilligen werde. Und da Regierung und Volksovertretung im Augenblicke gerade höchst besonnen waren, glaubten die Eisenbahnerverbände wohl durch ihr Ultimatum zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen zu können. Indessen, auch die Mitglieder des Ausschusses dämmten sich, wie es scheint, ziemlich einmütig gegen die ihnen zugebachte Degradierung entschieden auf. Man einigte sich zunächst einmal auf Aussetzung der Verhandlungen, indem man vorschlug, daran zu glauben, daß diese Drohung mit dem Demonstrationstreif von Unberufenen ausgehe und daher durch die zuständigen Organisationsleiter umgehend zurückgenommen werden könnte. In der Tat konnten diejenigen Mitglieder des Ausschusses, die den Eisenbahnerorganisationen nahe stehen, feststellen, daß diese von dem Ultimatum nicht verärgert worden seien. Also wurde die Verhandlung abgebrochen, um zunächst eine förmliche Zurücknahme des Ultimatus abzuwarten. Leichtes Herzens wurde dieser Beschluß nicht gefaßt, da man gerade jetzt einer sachlichen Einigung in den künftigen Geldfragen nahegekommen war. Aber etwas anderes zu tun war nicht gut möglich.

Man kann nur die Hoffnung aussprechen, daß der unliebsame Zwischenfall so rasch beigelegt wird, wie der Haushaltsausfluß es annimmt. Zu dieser Hoffnung berechtigt auch die Gesamtsituation der Eisenbahner in den letzten Wochen und Monaten. Aber sich noch mit Schandern unserer Verkehrsverhältnisse im vorigen Jahre, bis weit in den Frühling dieses Jahres hinein erinnert, der muß freudig bekennen, daß Ordnung, Pünktlichkeit und Regelmäßigkeit im Eisenbahnen in der letzten Zeit wieder mehr und mehr zu ihrem Rechte gekommen waren. Selbstverständlich unter gewaltigen Opfern der Eisenbahnverwaltung, aber es war doch unverkennbar, daß der Geist unserer Verkehrsbeamten sich von den ständigen Schlägen der Revolutionenzeit nahezu vollständig wieder frei gemacht hatte. An öffentlicher Anerkennung für dieses Verhalten ließ man es auch nicht fehlen, und im übrigen fällt die Person des neuen Reichsoberleiters, des Generals a. D. Gröner, das für zu bürgen, daß die rechte Dienstauffassung im Betriebe, da wo es noch nicht der Fall war, wieder nach Gebühr zur Geltung kam. Statt dessen nun diese Überforderung. Der Vorhang, hinter dem der Haushaltsausfluß sich zunächst zurückzog, daß nämlich hier sozusagen unbenutzte Faktoren sich über den Kopf der zuständigen Führer hinweg in den Vordergrund gedrängt hätten, ist vielleicht etwas fadenförmig, aber es bleibt, nach allen Erwartungen, zu denen wir berechtigt waren, wirklich kaum eine andere Lösung des Rätsels übrig. Was wir allerdings in den letzten Tagen in Odessa, in Frankfurt a. M., in Danzig und in anderen Städten erlebt haben, läßt gerade keine günstigen Rückschlüsse auf den gegenwärtigen Stand der Arbeiter- und Beamtenpolitik zu. Über gegen Reichstag und Regierung sind berattigte Vorschläge, wenn sie auch in der ersten Zeit nach der Revolution sich ausweiten hervorzuheben, doch nicht mehr vorkommen. Denselben

es lag aber um einen Streich unbedeutender Elemente, so müssen die Schuldigen dafür unmissverständlich zur Verantwortung gezogen werden. Mit einem Demonstrationstreif aller deutschen Eisenbahner zu spielen, ist ein ungeschwätliches Verbrechen, gegen das der Reichstag sich mit Recht entrüstet auflehnt. Sind die Forderungen, um deren Willen er inszeniert werden soll, berechtigt, dann bedarf es seiner nicht; sind sie unbedeutend, dann müssen sie auf jede Gefahr hin abgelehnt werden. Ein Drittes kann und darf es in diesem Falle nicht geben.

Grenzübertritt polnischer Truppen. Entwaffnung und Internierung.

Was vorauszu sehen war, ist inzwischen geschehen. Teile der von der Roten Armee geschloffenen und zerstreuten polnischen Nordarmee mußten sich der deutschen Grenzwehr in Ostpreußen ergeben.

Gegen Abend erschienen plötzlich 40 polnische Offiziere und 2000 polnische Soldaten an der Ostgrenze, von Krajewo kommend und sammelten sich am deutschen Schlagbaum von Proßken. Anscheinend waren sie sich nicht darüber schlüssig, ob sie auf deutsches Gebiet übertritten sollten oder nicht. Der Kommandeur der Sicherheitspolizei forderte sie auf, den Übertritt in kleinen Gruppen vorzunehmen, falls sie überhaupt vor der Dunkelheit noch hinüberkommen dürften. Es erfolgte dann in der Tat der Übertritt der polnischen Truppen. Sie wurden entwaffnet und im Internierungslager von Kreis untergebracht. Schwierigkeiten ergaben sich dabei nicht.

Die Unterbringung ist nur eine vorläufige. Es ist geplant, die Polen von dort über See nach dem inneren Deutschland abzuführen. Da uns der Schiffsraum hierfür fehlt, ist der Vorsitzende der deutschen Delegation in Paris ersucht worden, den nötigen Schiffsraum zum Beliebestand der folgenden Tages erziehen am Schlagbaum von Proßken eine bolschewistische Schwadron. Sie erklärte, sie wolle die deutsche Grenze nicht überschreiten und verstand sich kurz darauf. Weitere polnische Übertritte werden erwartet. Es streifen nahe der Grenze zahlreiche Truppen umher. Schwache bolschewistische Kavallerie wird in Richtung auf Domsja und Koino gemeldet.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Über die Bedeutung des Reichsversorgungsgesetzes wird amtlich mitgeteilt: Die Versorgung der Kriegsverwundeten und Kriegshinterbliebenen nach dem noch von der Nationalversammlung verabschiedeten Reichsversorgungsgesetz belastet das Reich jährlich mit ungefähr 5 1/2 Milliarden Mark, wenn die Kosten der sozialen Fürsorge mit eingerechnet werden, mit nahezu 6 Milliarden Mark. Das bedeutet, umgerechnet auf den Kopf der Bevölkerung, einen Steuerbetrag von nahezu 100 Mark. Die Höhe der dem einzelnen Verwundeten zuzurechnenden Renten ist folgende Beispiele: Es erhält in Berlin ein gelernter Arbeiter, der in seiner Erwerbsfähigkeit um 80% gemindert ist, also bei einer verhältnismäßig leichten Verwundung jährlich 1518 Mark, bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 80% 3317 Mark und, wenn er für vier Kinder zu sorgen hat, 7442 Mark; bedarf er fremder Wartung und Pflege, dann erhält er mit seinen vier Kindern 10496 Mark bis 11621 Mark. Eine entsprechende Erhöhung haben auch die Renten der Witwen und Waisen erfahren. Nach einer Ausführungsverordnung, die demnächst ergehen soll, wird in Fällen schwerer Beeinträchtigung der körperlichen Intelligenz auch dann eine Rente gewährt, wenn die Verwundung keine Minderung der Erwerbsfähigkeit zur Folge hat.

Der Rand der deutschen Luftschiffe. In der Generalversammlung der Deutschen Luftschiff-A.G. teilte der Vorsitzende u. a. mit, daß die Entente für die nach der Resolution der letzten Sitzung beschlossene Ertrag verlange, aber nicht der Zahl der Schiffe nach, sondern dem Rauminhalt derselben entsprechend. Die beiden fertigen Passagierluftschiffe „Hohenstein“ und „Nordstern“ müssen abgeliefert werden. Die Entente erlaubt uns, ein Vierteljahr nach der Ablieferung

des letzten Heeresgeräts den Bau von Luftschiffen wieder aufzunehmen. Das ist jedoch eine Zeitbestimmung, die ganz nach Belieben abgeändert werden kann. Bei der Wiederabnahme des Luftschiffbaues muß dann jedes dritte Luftschiff bis zur Erreichung der verlangten Gesamtzahl an Ersatzschiffen für die Entente abgegeben werden, und zwar soll von den drei jeweils fertiggestellten Luftschiffen immer das vollkommenste zur Ablieferung gelangen. Ob sich der ganze Plan durchführen läßt, ist, wenn sich das Luftschiffpersonal erst einmal verlaufen hat, außerordentlich fraglich.

Der Steuerabzug der Heimarbeiterinnen. Über den Steuerabzug der Heimarbeiterinnen hat ein mitteldeutsches Finanzamt den folgenden bedeutungsvollen Bescheid erlassen: Der 10prozentige Abzug ist bestimmungsgemäß vom Arbeitslohn einzubehalten. Als Arbeitslohn gilt nicht das Einkommen aus selbständiger gewerblicher Tätigkeit. Wenn die Heimarbeiterinnen ihr eigenes selbständiges Gewerbe ausüben und stehen sie zu den Firmen in keinem dienstlichen Abhängigkeitsverhältnis, so ist ihr Einkommen als selbständiger Unternehmergewinn anzunehmen und unterliegt dem Abzug nicht.

Polnische Treiber gegen die Sicherheitspolizei. Eine Meldung aus Oberschlesien besagt, daß das von der polnischen Abordnung in Spa den Ententevertretern vorgelegte Weißbuch unter anderem geheime deutsche Dokumente enthält, die sich auf die Reorganisation der Sicherheitspolizei in Oberschlesien beziehen. Die polnischen Vertreter über den militärischen Zweck der Sicherheitspolizei dürften nicht wenig dazu beigetragen haben, daß die Konferenz von Spa der Bedingung der Entwaffnung auch die Bedingung der Auflösung der Sicherheitspolizei in ganz Deutschland hinzugefügt hat.

Wieder ein Schulstreik. In Düsseldorf haben die sozialdemokratischen Parteien, die freien Gewerkschaften und die Freidenker den Schulstreik beschlossen, um die Stadtverwaltung zu nötigen, für die Disziplinierender besonders religiöslose Schulsysteme einzurichten.

Danzig unter Ausnahmezustand. Der Oberkommissar Sir Reginald Tower hat anlässlich der letzten tumultuarischen Vorgänge einen Erlaß herausgegeben, in dem dem Höchsten Kommandierenden der alliierten Truppen, General Hankin, die Aufrechterhaltung der Ordnung in der freien Stadt Danzig übertragen wird. Für den Fall eines Verstoßes gegen diese Bestimmungen würde der Belagerungszustand in der Stadt verhängt werden.

Frankreich.

Annahme des Kohlenabkommens in der Kammer. Die französische Kammer hat mit 393 gegen 83 Stimmen den Gesetzentwurf der Regierung, der die Durchführung des Kohlenabkommens von Spa vorsieht, angenommen. Damit sind auch die von der französischen Regierung an Deutschland zu leistenden Vorschüsse für die Bezahlung von Rohmaterialien bewilligt worden.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der im März von den Polen im polnischen Korridor verhaftete und dann nach Polen verschleppte Leiter des deutschen Auswärtigen in Warschau, Dr. von Dostum, hat durch das Auswärtige Amt der polnischen Regierung eine Schadensersatzforderung in Höhe von 104 600 Mark überreicht lassen.

London. Der Botschaftsrat für die irische Gewerkschaft Blallow, Francis Brode, wurde auf dem Bahnhof Victoria-Kom erschossen, als er den Zug bestiegen wollte. Der Täter ist entkommen.

Deutscher Reichstag.

(15. Sitzung.) Berlin, 11. Juli. Für die Gesetzgeber ist der achtundzwanzigste Arbeitstag nicht vorhanden. In der letzten Zeit ist der Reichstag zehn Stunden und länger tätig gewesen. Trotzdem ist es ihm nicht gelungen, den vorliegenden Stoff aufzuarbeiten. In der heutigen Sitzung beschloß man sich zunächst mit dem Gesetzentwurf über die Entlohnung der Zivilbevölkerung. Danach sind alle Militärrufen bis zu einem von dem Reichskommissar für die Untermassung festzusetzenden Zeitpunkt an die von ihm zu bestimmende Stelle abzuholen. Dasselbe gilt für die Pensions- — Bevor man in die Beratung dieser Vorlage eintritt, wurde ein Schreiben des Reichsoberver-

Contessa Solandas seltsame Heirat.

Ein Roman aus der römischen Gesellschaft.
Von A. Goettcher.

103

„Und diese Frau ist — die Contessa Millestore.“
„Siehst du mit harter Stimme fort.“
„Sein erregungsreiches Gesicht rötet sich ein wenig.“
„Sie kennen die Contessa genauer?“ fragt er rasch.
„Unter halbgeöffneten Lidern hervor schiebt ein durchdringender Blick zu ihm hinüber.“
„Nur flüchtig. Ich lernte sie da kennen, wo Ihr alle Ihre Bekanntschaft macht: in der Maskerade des Gesellschaftsclubs. Sie soll übrigens die Tochter eines Schulmeisters sein. Ein etwas eigentümliches Lehrstückerlein — dünkt mich!“
„Beschalt?“ fällt er eifrig ein. „Ich finde sie unendlich liebend und unerschrocken!“
Die Herzogin lacht laut auf — fast zu laut für eine Dame der höchsten Aristokratie.
„Wie schnell und genau ihr Männer stets den Charakter einer schönen Frau zu kennen glauben!“
Und sie gibt ihrem Pferde mit der Reitpeitsche einen Schlag über den gebogenen flachen Hals, daß es sich hoch aufbaumt, einen Sprung macht und dann heftig schnaubend und an allen Gliedern zitternd, in raschem Trabe dahintänzelt.

Er prengt ihr nach — schweigend, mit finstrem Gesicht.
Ein kühler Wind bläst ihnen entgegen und küßt die Haut, die in beiden glimmt.
Bislich hält der Graf, der etwas voraus war, sein Pferd an und wendet sich mit einer raschen Bewegung zu seiner Begleiterin.

„Sonn! Wissen Sie gar nichts über die Contessa?“
Das Thema ihrer ihr lästig zu sein; denn noch tiefer wird die Furchung auf ihrer Stirn.

„Ich sagte Ihnen schon: nicht mehr als andere. Ihr Vater soll ihr sein. Sie selbst ist Witwe.“
„Ja ja ... ich weiß ... Ob sie wohl ihren Gatten sehr liebte hat?“

„Ach, geliebt! Mit fiebzehn Jahren heiratete sie einen Sechzigjährigen. Das sagt genug.“
„Armes Kind!“

Geräuschlich juckt die Herzogin die Nase.
„Er war eben ein Graf, der alte Mann. Und vor allem — reich. Die arme Lehrstückerin hat eben ihre Zukunft gefäpelt.“

Wieder reiten beide eine Weile schweigend nebeneinander her, jedes mit seinen Gedanken beschäftigt.

Dann rauft der Graf sich zu einer neuen Frage auf.
„Glauben Sie, daß sie sich wieder verheiratet wird?“

„Bermutlich. Wenn sie sich Vorteil davon verspricht. Sonst wird ihr ihre Freiheit wohl mehr wert sein.“

„Sie sind gegen sie eingenommen, liebe Freundin!“
„Dadurch nicht. Aber ich sehe sie, wie sie ist und nicht durch die rosafarbene Brille des Verliebten.“

Er macht eine hastig abbrechende Bewegung, wobei eine kleine weiße Fliederblüte, die er im Knopfloch trug, zur Erde fällt. Rasch bückt er sich danach und will sie wieder im Knopfloch befestigen.

Da geschieht etwas Unvorhergesehenes, Unerhörtes: Die Herzogin Silvia Rudoboff, die „persona gratissima“, bei Hofe, die stolze, als fast und unnahbar bekannte vornehme Dame verliert — vielleicht zum erstenmal in ihrem Leben — ihre Selbstbeherrschung.

Mit einem zischendem Laut, der wie der einer Schlinge klingt, reißt sie dem verblüfften Mann die Blume aus der Hand und schleudert sie zu Boden.

„Sie sollen solchen Unfug nicht mitmachen — Sie nicht!“ sie ist lebensschmerzhaft, mit zornfunkelnden Augen. „Ich will nicht, daß Sie sich zu einem, einer geistlosen Laffen erwidern, die eine Frau vergöttern, nur weil sie eine schöne Larve hat!“

Er will abwehren, will sich verteidigen. Doch sie hört nicht auf ihn. Die furchtbare Erregung hat ihr für den Augenblick jede weibliche Zurückhaltung geraubt.

„Die Contessa Millestore ist eine Kofette!“ fährt sie außer sich, mit halberstirter Stimme, fort. „Sie sucht, möglichst viele Männer an ihren Triumphzügen zu spannen, um sie, sobald sie ihrer überdrüssig, fastbütig beiseite zu schieben. Zweifelloß wird sie wieder heiraten — aber nicht aus Liebe, sondern aus Geldgier oder Eitelkeit. Nur der Mann, der ihr den höchsten Rang, das größte Einkommen bietet, wird Gnade vor ihren Augen finden. Lieben kann eine solche Frau überhaupt nicht. Bei ihr ist alles Berechnung und Selbstsucht. Sie ist ebenso falsch wie schön ... Ich warne Sie, Alessandro! ... Was nun auch kommen mag — Sie haben die Wahrheit gehört!“

Finster vor sich hinstarrend, hat der Graf diesen Leidenschaftsbruch über sich ergehen lassen. Jetzt fragt er kurz, unwillkürlich seinen Fußs etwas vor ihrer Stute entfernend:

„Woher wissen Sie, daß es die Wahrheit ist?“
„Mein Instinkt sagt es mir. Und meine — meine“
„Ne Noth — ... meine Bekanntschaft für Sie!“

„Damit gibt sie Ihrer Stute die Sporen und jagt in wahnwitzigen Galopp dahin.“

Kaum vermag der Graf ihr zu folgen. Halb voll Bewunderung, halb voll Grausen hängt sein Blick an der herrlichen Gestalt. Ihr ganzes Feuer, ihr ganzes leidenschaftliches Temperament, scheint entzückt. Das ist nicht mehr eine fähne Amazone — nein, das ist ein junger, weiblicher Centaur, halb Tier, halb Göttin, vor dessen wildem Ungestüm der Boden unter den stampfenden Füßen, die ganze Natur ringsum erbebt ...

So jagen die beiden in gestrecktem Galopp dahin — kreuz und quer durch den schier endlosen Park — wohl eine halbe Stunde lang.

Dann hält die Herzogin ihr schaumbedecktes Pferd an; es zittert und wankt unter ihr, während Graf Alessandros schwer denkt nach Luft schnappt.

„So — nun bin ich wieder ich selbst! Wenn Sie mir auch jetzt noch nicht glauben wollen — einfl werden Sie kommen und mir sagen, daß ich recht hatte. Und dann sollen Sie in mir eine wahre Freundin finden. Vergessen Sie das nie! ... Leben Sie wohl!“

Derlich reißt sie ihm die Hand. Und ohne seine Antwort abzuwarten, prengt sie davon und ist gleich darauf hinter dem dicken Baumdickicht verschwunden.

5.
Vorbei das Weihnachtsfest mit seinem Trubel und seinen heiligen Schauern.

Das neue Jahr steht vor der Tür — jugendfrisch, mit schwellendem Mut, um seinen Vorgänger, den alten und abgelebten Gesellen abzulösen.

Solanda hat eine Menge Schließereinkundungen erhalten. Ihrer Laune behagte es jedoch, allen, die auf ihr Erscheinen rechnen, ein Schnippschen zu schlagen und eine kleine, ganz intime Feier bei sich zu arrangieren.

Als ihre Lieblingsfreundin Mademoiselle Blanche d'Ormod, die etwas früher als die andere erschienen ist, um noch allerhand pikante Nachschgeschichten auszukramen, die Namen auf der kleinen exquisit bergierten Tafel liest, schüttelt sie verwundert den hübschen Kopf.

„Wie ich sehe, haben Sie einen Herrn zubiel. Warum beehrten Sie den langweiligen Dr. Roden mit einer Einladung, Liebt?“

Rasch bückt sich Solanda, um eine Dofse weißen Stiebers aufzuheben, die ihrem Strauß entglitten war. Als sie der Freundin wieder das Gesicht zuwendet, ist es auffallend erdötet.

(Fortsetzung folgt.)

minniere
entfördere
finanzielle
worden i
wurden v
Er wies
Widome
gab ab
fondert
viele Pol
nicht Sch
hat in S
in un
Ob die
Abfieder
gab ab
wirdlich
übernehm
Es werd
von Zeit
Verfallun
sich in d
Gegenfied
Die Genu
durchgefö
Vorlage.
Sod
flürte, d
denken h
wird, l
größten
wären i
Kraus h
wahrung
präsident
anfonne
Güter i
werden.
zurückge
Der
andern,
schaf ber
Wittschal
breiteten
Arbeiter
sahden
abstuden
wohnern
Der
Wort er
schen G
als gegen
im park
schaudern
bies emp
so veränd
den groß
Schandl
der Dav
lungen u
geleht w
forderung
werden.
Reichsso
der bap
gefagt b
maßnung
regierun
Abg.
nur den
haben, k
mollen
wünsche
richten.
unter de
sich das
die Nep
die Wass
kunft De
Wg.
ist eine
wunderl
dem sie
Sob
Wort u
wurf un
schen W
ihre Ver
Gesegen
Wg.
daß der
Die Nep
denken i
nicht mi
wunden
Dier
für aus
handlo
Dor
Eine Jor
der Kam
solche A
verfändl
Minister
Stel
Wagnerl
geformt
Ferner,
Reich
Jannern,
Gewähl
Richterl
sich zick
Betracht
die Red
Abg.
berpedic
die Reg
präsident
lehre K
mächtig
Der
darum
die Ein
ne sich
gefproch
alsdann
So
ihre Gr
Belung
Gausha
Deutsch
behang
Verwal
— Sier
lehr la

winters vorgelesen, wonach den Wünschen des Reichstages entsprechend ein Austausch zur Prüfung der technischen und finanziellen Verhältnisse der Reichseisenbahnen eingeleitet worden ist. Die Verhandlungen über die Entwaffnungsvorlage

wurden von dem Reichsminister des Innern, Koch, eingeleitet. Er wies darauf hin, daß wir zu dieser Vorlage durch das Einkommen von Spa verpflichtet sind. Wir können diese Aufgabe aber nur lösen, wenn sie nicht gegen das deutsche Volk, sondern mit dem deutschen Volk durchgeführt wird. Wie viele Waffen noch im Besitze der Bevölkerung sind, kann auch nicht schätzungsweise angegeben werden. General von Seckel hat in Spa eine Ausstellung übergeben, monach

in unbesetzten Händen sich noch etwa 1,9 Millionen Gewehre, große Massen Maschinengewehre und 4000 Minenwerfer befinden.

Ob diese Zahlen zutreffend sind, läßt sich nicht sagen. Die Volkierung kann nur Erfolge haben, wenn das ganze Volk dabei mithilft. Das Reich ist der Entente gegenüber verantwortlich. Diese Verantwortung kann das Reich nur dann übernehmen, wenn es selbst den Volkzug in die Hand nimmt. Es werden verhältnismäßig wenig Waffen in den Händen von Leuten sein, die verlustlos wollen, die Regierung und die Bevölkerung zu führen. Die Hauptzahl der Waffen befindet sich in den Händen derjenigen, die einen Angriff von der Gegenseite erwarten. Dieses Mißtrauen muß beseitigt werden. Die Entwaffnung soll daher so unpolitisch wie nur möglich durchgeführt werden. Die Regierung meint es ernst mit dieser Vorlage. Sie bittet alle Parteien um ihre Unterstützung.

Sodann sprach der Abgeordnete Hübner (Soz.) Er erklärte, daß seine Partei gegen die Vorlage die größten Bedenken habe. Wenn die Vorlage nicht wesentlich verbessert wird, können seine Parteigenossen ihr nicht zustimmen. Die größten Bedenken habe seine Partei gegen die Einwohnerwehren und Selbstschutzverbände, die durchaus vom Geiste des Gesetzes sind. Diese Verbände sollen sich einer Entwaffnung mit Gewalt entziehen. Der bayerische Ministerpräsident will es dabei sogar auf einen Bruch mit dem Reich ankommen lassen. Angesichts der großen Waffenlager auf den Gütern müssen die Strafbestimmungen bedeutend verschärft werden. Auch vor der Vermögensbeschlagnahme darf nicht zurückgeschreckt werden.

Der nächste Redner Abg. Ernst (L. Soz.) betonte unter anderem, die Gerichte über große Waffenlager der Arbeiterschaft beruhten auf verlogenen Spitzberichten. Die deutsche Wirtschaftshilfe und andere Schwindelorganisationen verbreiteten seit langer Zeit die Lüge von Waffenlagern der Arbeiterschaft. Diese von Schinas, Krupp und Thyssen besetzten reaktionären Organisationen förderten die Ruffschändlichkeiten der Reichswehrminister. Die Mitglieder der Einwohnerwehren lachten über Entwaffnungsvorläge der Regierung.

Der bayerische Gesandte, Dr. Prager, der hierauf das Wort erhielt, wies darauf hin, daß die Tätigkeit der bayerischen Einwohnerwehr von der bayerischen Regierung immer als legendär empfunden worden ist. Das hat sich besonders in voranem Jahre gezeigt bei den Vorkämpfen, die wir schauernd erlebt haben. Auch die bayerische Bevölkerung hat dies empfunden, die durch

die Schändlichkeiten während der Äraepublik

so verdinglicht worden war. Hier wurde der Redner durch den großen Atem bei den Unabhängigen, die über das Wort "Schändlichkeiten" empört waren, unterbrochen. Weiter erklärte der bayerische Gesandte: Nachdem auf Grund der Verhandlungen von Spa die Entwaffnung der Einwohnerwehren festgelegt worden ist, wird die bayerische Regierung den Anforderungen, die von Seiten der Reichsregierung an sie gestellt werden, sich nicht entziehen. Bei den Verhandlungen im Reichstag hat sie dem Entwurf zugestimmt. Die Rede, die der bayerische Ministerpräsident gehalten hat, und in der er gesagt haben soll, er lasse es bei dem Verlangen der Entwaffnung der Einwohnerwehren auf einen Bruch mit der Reichsregierung ankommen, ist in aller Form widerrufen worden.

Abg. Dr. Korf (Deutschl.): Eine Entwaffnung kann nur zum Ziele Deutschlands gereichen, wenn die Waffen nicht nur denjenigen abgenommen werden, die sie zur Verteidigung haben, sondern auch vor allem denjenigen, die Unruhen stiften wollen. Das Gesetz wird in der vorliegenden Form das gewünschte Ziel nicht erreichen. Wir erwarten fortwährend Nachrichten, daß Waffen in den Händen rabiatler Elemente sind.

Zu Thübingen egerziert eine rote Armee

unter den Augen der Bevölkerung. Sollen die ruhigen Bürger sich das gefallen lassen. Die ruhigen Bürger haben doch nicht die Revolution gemacht. Erst wenn die unruhigen Elemente die Waffen abgeliefert haben werden, wird eine gesicherte Zukunft Deutschlands möglich sein.

Abg. Haas (Dem.): Das Gesetz muß gemacht werden, es ist eine Folge des Versailler Friedens. Darum ist es verwunderlich, daß die Unabhängigen sich dagegen erklären, nachdem sie die Unterzeichnung des Friedens gefordert haben.

Sodann kam die Abg. Frau Jettin (Kommunistin) zum Wort. Sie erklärte mit diesen Worten: Für uns ist der Entwurf unannehmbar, da er auf die Behrosmachung der deutschen Arbeiterschaft hinausläuft. Die Rednerin sprach auch ihre Verwunderung darüber aus, wie man einen so wichtigen Vorschlag im Automobiltempo erledigen könne.

Abg. Dr. Gildemeister (Deutsche Pp.) erwiderte darauf, daß der Reichstag zu dem schnellen Tempo gezwungen sei. Die Revolution, der wir auch diese Entwaffnung zu verdanken haben, läßt sich nicht wiederholen. Sie solle auch nicht mit Gewalt niedergeschlagen, sie solle vielmehr überwunden werden durch die Seignung des Volksgenossen.

Darauf folgte eine Rede des Abg. Unterleitner, der es für ausgeschlossen hält, daß in Bayern die Entwaffnung widerstandlos durchgeführt werden könnte.

Darauf antwortete der bayerische Staatsminister Gamm. Eine solche Rede ist sehr bedauerlich in einem Augenblick, wo der Kampf im Osten sich der Reichsgrenze nähert. Durch solche Reden würden nur neue Gegenstände geschaffen. Die persönlichen Angriffe des Redner auf den bayerischen Ministerpräsidenten verhehlen in nichts.

Reichsminister des Innern Koch hielt fest, daß die bayerische Regierung auf durchaus legale Weise in ihr Amt gekommen sei, auf Grund durchaus einwandfreier Wahlen. Ferner, daß die bayerische Regierung ohne Jaudern am Reiche festhalte. Weiter bemerkte der Reichsminister des Innern, daß ihn die Aussprüche mit einem gewissen Gefühl der Bitterkeit erfüllte. Jedermann weiß, daß die Unterzeichnung des Abkommens von Spa den Einmarsch nach sich zieht. In solchen Augenblicken sei es zwecklos, darüber Betrachtungen anzustellen, wer die meisten Waffen besitze, ob die Rechte oder Linke.

Vorwürfe gegen die bayerische Regierung.

Abgeordneter Dr. Simon (Rechtloslos) erklärte, der bayerische Ministerpräsident sei durch einen Staatsstreich an die Regierung gekommen, und der frühere bayerische Ministerpräsident sei unter dem Druck des Militärs zurückgetreten. Der letzte Ministerpräsident sei nur eine Marionette in den Händen mächtiger Leute. Er sei nur Blabla.

Der Abgeordnete Schwarzer (Bayerische Volkspartei) wies darauf hin, daß die Unabhängigen selbstverständlich nicht in die Einwohnerwehren hineingenommen werden können, weil sie sich ja gegen die Aufrechterhaltung der Staatsordnung ausgesprochen haben. Es folgten noch einige Auseinandersetzungen. Abschluß wurde die Vorlage einem Ausschuss überwiesen.

Zweite Lesung des Notizats.

Sodann schritt man, nachdem einige kleinere Vorlagen ihre Erledigung gefunden hatten, zur Fortsetzung der zweiten Lesung des Notizats. Man beschäftigte sich zuerst mit dem Haushalt des Reichspostministeriums. Ein dann von den Reichspostminister einbrachter Antrag verlangt die Aufhebung der Bestimmungen, wonach Fernsprechnutzer der Verwaltung ein Darlehen von 1000 M. zu gewähren haben. — Durch sprach die Abgeordnete Frau Hies (Soz.), die sich in sehr langen Ausführungen über Beamten- und Tariffragen

verbreitete. Reichspostminister Sieberts wies den Vorwurf mangelnder Beamtenfürsorge zurück.

Gegen das Eisenbahner-Ultimatum

Dann sprach der Abgeordnete Braun (Deutschl.), der die Vorkerbildungen bedauerte. Hierauf nahm der Reichsfinanzminister Dr. Wirth das Wort. Er ging auf die heutigen Vorgänge im Hauptauschuß des Reichstages und besonders auf das von den Eisenbahnern der Regierung gestellte Ultimatum ein. Auf das schärfste wies er dieses Vorgehen zurück. In einem Augenblick, in dem Regierung und Hauptauschuß des Reichstages den Forderungen der Beamten so weit als möglich gerecht werden wollen, scheinen die Eisenbahner der Regierung und Volkvertretung in solcher Weise in den Rücken fallen zu wollen. Das könne sich eine Regierung und Volkvertretung unmöglich leisten lassen. Von Vertretern mehrerer Parteien wurde alsdann ebenfalls der Ansicht Ausdruck gegeben, daß sie sich unter keinen Umständen durch ein derartiges Ultimatum zur Bewilligung von Forderungen bestimmen lassen würden.

Die Verhandlungen zogen sich noch geraume Zeit hin.

Der Weg zu einander.

Ganz abgesehen von dem parteipolitischen Treiben unserer Tage, das in seiner grundauswühlenden Verbeugung und Verbitterung unsere Volkskraft zerlegt und den Willen zum gemeinsamen Innern wie äußeren Aufbau auf das gefährlichste lähmt, ist die Gesamtheit des deutschen Volkes den Passagieren eines in Seerot befindlichen Dampfers vergleichbar, die der Selbsthaltungstrieb in sinnloser Brutalität legale Rettungsmandate ummäßig machen läßt. Bernunft, Ordnung, Sitte und Ruhe gingen verloren und wichen dem animalen Erbe, sich und das seine aus der Katastrophe zu retten: Die Rettungsboote werden überflutet und sinken, man würgt sich im Kampf um die Schwimmgürtel — losbare Zeit verstreicht. Was mit Ruhe und Selbstbeherrschung möglich gewesen wäre — die Rettung aller, wird zur Unmöglichkeit und die gesamte Besatzung wird ein Opfer eigener Fehler.

Ein unbarmherziges, aber leider nur zu treffendes Bild für das Geschehen dieser Tage.

Statt in unserer gemeinsamen nationalen Not an einer Milderung parteipolitischer Beschlebenheiten zu arbeiten, wird auf allen Seiten intensio und konsequent auf eine Vertiefung der Differenzen hingewirkt.

Anstatt die Mißverhältnisse und das Mißtrauen, die die Bevölkerung von Stadt und Land trennt, aufzuklären, arbeitet jede Presse in ihren Lagern an einer weiteren Verärgerung.

Statt die neue Welt in ihren sozialen ersten Bestrebungen zu verstehen zu suchen, wird das hungernde und darobende Volk, das Proletariat und der proletarisierte Mittelstand von den kleineren Kreisen derer, die es sich noch leisten können, auf das unerträglichste provoziert.

Zwei besonders empörende Fälle seien hier angeführt, um die Regierung in eigenem Interesse auf ein Arbeitsgebiet aufmerksam zu machen, das heute wichtiger als jedes andere ist.

Folgender Auszug aus dem Aufrufe des Geh. Medizinalrats Dr. Römer an die Arbeiter in der „Greifswalder Zeitung“ gibt zu denken:

„Ich bitte um eure Hilfe, nicht in Form von Gewaltmaßnahmen, sondern in der Wahrung gesetzlicher Vorschriften zur Durchführung gerechter, sozialer Maßnahmen. Noch immer leiden unablässige trante Kinder unseres Volkes in schauerlicher Weise darunter, daß wir heute ihnen nicht genügend Milch, Sahne, Butter zulassen können. Seit zwei solche Kinder in meiner Klinik an, und dann sieht eure Vertreter einmal nach Wint auf Sägen! Dort werdet ihr sehen, wie Hunderte von kleinen Weibern sich im Familienbette halb nackt im Sande reifen und dann in großer Toilette zum Kaffee in den Restaurants zu Mt. 5. — Je Portion echte Schlaglahne essen! Ich habe es mit eigenen Augen gesehen! Wie ist es möglich, daß täglich Hunderte von Kindern Milch in den Wädem zur Herstellung von Schlaglahne verwendet werden und den besten Weibern jagt kommen, während Tausende von Kindern unseres armen deutschen Volkes sterben und verderben müssen? Arbeiter, geht euch selbst einmal diesen Zustand an! Ich bin bereit, einem eurer Vertreter die Reisekosten aus meiner Tasche zu ersetzen. Dann protestiert mit mir bei euren Vertretern der Regierung, die ihr gewählt habt, und heißt mit, daß diesen Zuständen ein Ende gemacht wird.“

Als Gegenstück hierzu eine Nachricht aus Bad Salzungen, bezugnehmend auf ein Plakat ausgehängt war, das zu einem Schlaafahne-Beitragen einlad. Ehe noch viele Augen diese Veranlassung wahrgenommen hatten, ließ die Wadepverwaltung sie überleben. —

Werden wir, ehe es zu spät ist, noch lernen, daß eine Rettung aus unserer gemeinsamen wirtschaftlichen Not nur dann möglich ist, wenn wir mit eigener Selbstbeherrschung und rechtlich beherrschten, einen Weg zueinander zu finden. Die Parteien unter vorläufiger Hintansetzung enger parteipolitischer Interessen am gemeinsamen Wiederaufbau unseres Vaterlandes, Stadt und Land im Erkennen der gegenseitigen Notlage zur Hilfe und Gegenseitigkeit bereit und die Notbedingenden im Bedenken, dem aus fürchterlicher Not geborenen daß der Bestloren nicht neue Nahrung zu geben. —

Werden wir diese Selbstverpflichtlichkeiten begreifen lernen? Otto Boettiger-SenL

Neueste Meldungen.

Arbeitsbeschäftigung im Ruhrgebiet.

Essen. Die Tagesarbeiter der Ruhrwerke beschlossen, die Sonntagarbeit gänzlich einzustellen, falls ihre Forderung eines 100-prozentigen Zuschlages für die Sonntagarbeit ergebnislos verlaufen sollte. Auf der Seite Kaiser Friedrich der Deutsch-Regenburger Bergwerks-Gesellschaft bei Bochum sind 1300 Arbeiter in den Streik getreten.

Französischer Streik gegen Hohenzollernbilder.

Saarbrücken. Die Saarbrücker Polizei unternahm einen Rundgang durch die Restaurants der Stadt und verlangte im französischen Auftrag die Entfernung der in den Lokalen noch zahlreich angebrachten Kaiserbilder. Die Wirte meigten sich, der Anforderung Folge zu leisten. Das Vorgehen der Polizei hat nun das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung zur Folge gehabt. Denn gleich darauf gingen auch in solchen Restaurants, die bisher keine Kaiserbilder hatten, umfangreiche Hohenzollernporträts vom Großen Rurthausen bis zum letzten Kaiser, Bild, die von allen Gästen unter den abwallenden Umständen mit Freude begrüßt wurden.

Alles für die Polen:

Paris. Die Vorkonferenz in Paris hat, ohne andere sachliche Unterlagen als die Berichte ihrer Kommissionen, die Entscheidung getroffen, daß ein Streifen des rechten (deutschen) Weichselufer vom Uferland bis zu den Rindenschiffen an Polen abzutreten ist. Durch die Entscheidung der Entente ist nicht nur das gesamte Ostpreußen von der Weichsel abgeschnitten, sondern es ist auch unmöglich, die Aufrechterhaltung der Deiche und der Entwässerungsanlagen durchzuführen.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Erhöhte Lohnforderungen der Hamburger Hafenarbeiter.

Hamburg, 2. August. (tu.) Die organisierten Hafenarbeiter haben beschlossen, den mit dem Hafenbetriebsverein abgeschlossenen Tarifvertrag zum 15. August zu kündigen. Es wird eine tägliche Lohnzulage von 12 Mark gefordert. Die organisierten Heizer und Maschinisten haben sich dieser Forderung angeschlossen.

Ein rumänisches Ultimatum an Rußland.

Belgrad, 2. August. (tu.) Die rumänische Regierung hat an Rußland eine Note in Form eines Ultimatum mit der Aufforderung gerichtet, die russischen Truppen aus Bessarabien sofort zurückzuziehen. Der Sowjet-Regierung wurde eine dreitägige Frist gegeben. Wie verlautet, wird Rumänien die Mobilisierung anordnen.

Mordtaten an polnischem Sanitätspersonal.

Warschau, 2. August. (tu.) Kurier Warszawa meldet: Neulich wie früher bei Bloskiew wurde am 18. Juli bei Radzow das gesamte Sanitätspersonal sowie die Krankenschwestern und Ärzte des polnischen Hospitals hingenorbet.

Bericht der Militärkommissionen in Polen.

London, 2. August. (tu.) Der erste Bericht der französischen und englischen Militärkommissionen empfiehlt die Abschaffung von Munition für Polen, die Verwendung von 600 französischen und 200 englischen Offizieren an der Front und die Umgruppierung der polnischen Armees, die hauptsächlich aus Truppenverschiebungen von Galizien an die Nordfront bestehen soll. Im Zusammenhang damit wurde beschlossen, daß Frankreich Munition über Danzig nach Polen senden soll.

Podgoriza von Albanern besetzt.

Belgrad, 2. August. (tu.) Vorgestern sind 1500 Albaner in Montenegro eingedrungen und haben Podgoriza besetzt.

Vertreibung der Ungarn aus Fiume.

Fiume, 2. August. (tu.) D'Annunzio beginnt die Ungarn aus Fiume zu vertreiben. Er begründet dies damit, daß die Ungarn, die bei der Eisenbahn und anderen wichtigen verantwortungsvollen Stellen beschäftigt sind, den Italienern gerade so gefährlich seien wie die Jugoslawen.

Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, am 2. August 1920.

Vor 6 Jahren!

Erster Mobilmachungstag: 2. August.

Weit draußen schlummern in traumloser Ruh, die ihr Vaterland verteidigt haben, in tröstlicher Ruh, auch wenn sie die Sonne nicht mehr sehen, weil sie ja doch nur auf unsere Sorgen und Nöte scheint. Die Gedanken, die heute um ihre Gräber kreisen, werden sich erheben wollen zu freiem Flug, und können es nicht, weil sie eine Fessel tragen: die Opfer sind vergeblich gewesen, sie konnten uns nicht vor dem Sturz bewahren. Wehhalb? ...

Vieles ist anders geworden. Aber wir sollen nicht müßig rückwärts blicken, sondern nur vorwärts und aufwärts. Ueber heimige Hüfen mit schroffen und tiefen Abgründen, mit schmalen Pfaden, auf denen sich kaum der Fuß halten kann, werden wir gehen müssen; aber auch auf unseren Weg wird noch die Sonne scheinen. Wenn wir uns nur recht befinden, dann kommt uns auch der Mut wieder und der Glaube an unsere Kraft, dann können wir uns auch wieder zusammenfinden zu gemeinsamer Arbeit. Unser Haus ist schadhast, durchs Dach dringt der Regen, und die Armut steht am Herd. Wie wir dieses Haus bauen, so werden wir wohnen. ...

— Landarbeiter-Streit. Der Landarbeiter-Verband hatte eine so bedeutende Erhöhung der Löhne gefordert, daß deren Bewilligung unweigerlich eine weitere Erhöhung der Getreidepreise zur Folge haben mußte. Da den Forderungen von den Landwirten nicht stattgegeben werden konnte, wurde für den gesamten Bezirk Meißn mit dem heutigen Tage der Streik erklärt. Er beschränkt sich jedoch auf einzelne Güter, da die Landarbeiter zum größten Teile mit dem von Unternehmerseite gemachten Vermittlungsvorschläge einverstanden sind, der eine 25-prozentige Lohnerrhöhung und 15% Zuschlag für die Ernte vorsteht. Wie uns weiter mitgeteilt wird, sind in einzelnen Gütern sämtliche Arbeiter aus dem Verband ausgetreten, da von letzterem die rechtlose Durchdringung der Forderungen verlangt und der Streik propagiert wird.

— Kleinhalm. In Nr. 169 berichteten wir von 2 Roggenhalmen, die uns in Länge von 2,26 m vorgelegt wurden. Nun meldet sich auch der Daser. Der Deimat-sammlung wurden gestern von Herrn Wirtschaftsbekher Merzdorf-Röhrsdorf 2 Hafersalme überandt, die 1,90 m messen. Wahrscheinlich ein Staatsgetreide!

— Zunächst noch keine höhere Brottration. Unter Bezugnahme auf Mitteilungen auf einer Bergarbeiter-tageung war in den letzten Tagen eine Notiz durch die Presse gegangen, daß eine Erhöhung der Brottration unmittelbar bevorstehe. Wie uns von zuständiger amtlicher Stelle mitgeteilt wird, entspricht diese Meldung nicht den Tatsachen. Zwar besteht im Reichswirtschaftsministerium die Absicht, die Brottration sobald als möglich zu erhöhen, doch ist zunächst für ablehbare Zeit noch nicht daran zu denken, da das Brotgetreide noch nicht in der erforderlichen Menge zur Verfügung steht. Gegenwärtig liegen die Dinge noch so, daß mit dem Brotgetreide nicht nur von der Hand in den Mund gelebt wird, sondern daß es, wie die Verschaffung des Brotes in manchen Kommunalverbänden beweist, augenblicklich noch nicht einmal für die erniedrigte Brottration ausreicht.

— Die Zwangswirtschaft für Kartoffeln wird, wie wir vernehmen, schon in allernächster Zeit, wahrscheinlich schon im Laufe der nächsten Woche, aufgehoben werden. In landwirtschaftlichen Kreisen glaubt man, daß mit Wegfall der Zwangswirtschaft eine Preisentkung für die Kartoffeln eintritt. Bei den Getreidepreisen setzt man sich für eine Differenzierung ein, die Bewirtschaftung des Getreides kann nach Lage der Dinge leider noch nicht aufgegeben werden.

— Freie Wirtschaft für Margarine. Der 1. August bringt also nun das Inkrafttreten der freien Wirtschaft für Margarine, die hoffentlich den Hausfrauen preiswerteres und besseres Fett bringen wird, als es bisher war.

— Alle Fischwaren, auch Salzheringe, geräucherter usw., dürfen im Kleinhandel nur noch nach Gewicht verkauft werden. Daraus sei nochmals ausdrücklich hingewiesen. Wer dieser Verordnung des Wirtschaftsministeriums nicht nachkommt, hat strenge Strafe zu gewärtigen. Auf Zuwiderhandlungen steht Gefängnis bis zu 6 Monaten oder Geldstrafe bis zu 1500 M.

— Freigabe von Seifenpulver und Karbid. Seifenpulver darf von jetzt ab ohne Karten an die Verbraucher abgegeben werden, ebenso können die Bezugsscheine für Industrieseife in Fortfall. Nur die Abgabe von für den gewerblichen Bedarf bestimmtem losen Seifenpulver bleibt einer gewissen Kontrolle unterworfen. — Da für den nächsten Winter voraussichtlich größere Mengen Petroleum zur Einfuhr gelangen werden und zu erwarten steht, daß Karbid für Beleuchtungszwecke in ausreichender Menge vorhanden sein wird, hat der Reichswirtschaftsminister die Aufhebung der Beschlagnahme und der Bewirtschaftung von Calciumkarbid angeordnet.

— Überführung von Kriegerleichen. Das Zentral-Nachweiseamt für Kriegerverluste und Kriegergräber, Berlin, gibt infolge der sich häufenden Gesuche um Überführung der irdischen Reste gefallener deutscher Soldaten aus dem Ausland in die Heimat hiermit öffentlich bekannt: Die deutsche Regierung würdigt die Gefühle der Heimat, die zahlreiche Angehörige von Kriegsgefallenen den Wunsch hegen lassen, ihre Toten in heimischer Erde bestatten zu sehen. Mit Rücksicht auf die noch immer bestehenden außerordentlichen Verhältnisse und wegen der bisher ablehnenden Haltung der früher feindlichen Regierungen ist sie jedoch bis auf weiteres nicht in der Lage, solchen Anträgen stattzugeben. Auch können Ausnahmen nicht zugelassen werden. Das gleiche gilt von der Überführung von Kriegerleichen aus Deutschland in das Ausland. Jede Änderung dieser Entscheidung wird sofort öffentlich bekanntgegeben werden.

— Die Sonntagruhe der Hebammen. Der Hebammenverein Dresden-Land teilt uns mit, daß nicht nur die Jesuiten Hebammen, deren Vereinstätigkeit an Sonntagen bekanntlich der Anlaß zu mehrfachen Erörterungen in der Presse gewesen ist, sondern Deutschlands sämtliche Hebammen die Sonntagruhe einführen. Die Kundschaft würde dadurch in keiner Weise zu leiden haben. Die Hebammen lösen sich gegenseitig ab, wo zwei im Ort tätig sind, arbeitet Sonntags nur eine und wo nur eine Hebamme ist, wird sie vom Nachbarbezirk vertreten.

— Steuererstattung für Rentner. Eine Bude im Kapitalertragssteuergesetz ist jetzt ausgefüllt worden. Bisher wurde über 60 Jahre alten erwerbsunfähigen Einkommensteuerpflichtigen die Kapitalertragssteuer zu drei Vierteln auf die Einkommensteuer angerechnet. Die Rentner aber, die wohl ein kleines Zinseinkommen bezogen, aber nicht Einkommensteuer zahlten, weil das Einkommen unter 1500 Mark betrug, mußten wohl oder übel die vollen 10 Proz. Kapitalertragssteuer zahlen. Der Reichsfinanzminister hat jetzt verfügt, daß in dem erwähnten Fall die

Steuer in voller Höhe auf Antrag durch das Landesfinanzamt zu erlassen ist.

— Bad Schandau. Ein Unfall ereignete sich am Freitag auf der Elbe. Der Dampfer „Bohemia“ der S. V. D.-G. fuhr in der Nähe von Postwitz in voller Fahrt auf ein mit 6 Personen besetztes Vergnügungsboot. Letzteres kippte um, die Insassen konnten aber gerettet werden. Ein Herr kam den Schaufeln am Radkasten zu nahe und soll ziemlich schwere Verletzungen erlitten haben. Mittels Krankenwagen der Samariter wurde er in Behandlung des Dr. Gartsburg gebracht und später nach Baugen befördert. Die übrigen Insassen kamen mit nassen Kleidern und dem Schrecken davon.

— Zittau. Hier kam es am Freitag zu Unruhen. Im Anschluß an eine Versammlung der Unabhängigen zog die Menschenmenge nach der Reichsberger Straße, wo sie ein Geschäft stürmte und die Waren zu den festgesetzten Preisen verkaufte. Trotz aller Beschwichtigungsvorläufe gelang es nicht, die Menge zu beruhigen, so daß die Sicherheitswehr eingreifen mußte und eine Salve abgab, durch die zwei Personen verwundet wurden. Oberbürgermeister Kälig erließ einen Aufruf an die Bevölkerung, worin er zur Ruhe mahnte. In Zusammenhang mit diesen Unruhen haben die Arbeiter des Hirschfelder Kraftwerkes den Betrieb eingestellt. Da das Hirschfelder Werk fast die ganze Oberlausitz mit Kraft versorgt, sind die Betriebe der Oberlausitz gezwungen, zu feiern. Sonnabend nachmittag fand eine Versammlung auf den Schützenwiesen statt, in der die Forderung aufgestellt wurde, die Polizeitruppen zurückzuziehen und überhaupt aus Zittau zu entfernen. Die Regierung lehnte die Forderung ab, worauf der Generalstreik proklamiert wurde. Zittau befindet sich seit Sonntag ohne elektrisches Licht; auch die Wasserleitung soll abgestellt werden. Das Gewerkschaftsamt in Zittau ist geteilter Ansicht. Es wird von den Angehörigen der kommunistischen und der unabhängigen Partei geplant, die Entlassung der Soldaten in der Kaserne heute Montag vorzunehmen. Für genügenden Abwehrschutz ist durch Sachverständige bereits gesorgt. Vom Komitee, welchem die Durchführung des Generalstreiks in Zittau und seine Ausdehnung auf die ganze Oberlausitz obliegt, wurden das Abhalten von Tanzmusiken und sämtliche Veranstaltungen verboten. Alle Kinos sind geschlossen und auch den Restaurants ist eine beschränkte Polizeistunde auferlegt.

— Döbeln. Der 66 Jahre alte Arbeiter Gustav Abragly von hier verlor auf dem Fußweg von Neudorf nach den Barentalanlagen auf der abschüssigen Stelle die Gewalt über das Rad und erlitt einen Schädelbruch, an dem er verstarb.

— Peitzau. An Bilanzprüfung ist der Fabrikbesitzer Birnbaum gestorben. Seine Frau liegt noch schwerkrank darnieder, doch hofft man sie am Leben zu erhalten.

— Zwickau. Die Schützengesellschaft eines Nachbarortes hielt ihr diesjähriges Schützenfest ab. Sie vertauschte jedoch den harmlosen Namen „Königsfuß“ mit „Präsidentenfuß“.

Briefkasten.

M. Sch., Wilsdruff. Ich habe im Felde vom Militär ein künstliches Gebiß erhalten. Dieses paßt aber nicht

mehr. Ich habe dadurch Magenbeschwerden. Erhalte ich nun die Kosten, die durch die Umänderung entstehen, vom Militär oder nicht? Bemerkten möchte ich noch, daß ich bereits 1 1/2 Jahr entlassen bin. — Wenden Sie sich an das Versorgungsamt Meissen. Dort erhalten Sie genaue Auskunft.

A. St., Wilsdruff. Bringen Sie die Angelegenheit dem Miteinigungsamt zur Kenntnis.

Richte Grete, Wilsdruff. „Ich hätte gern den Wortlaut des Liedes „Wie einst im Mai“. Kannst Du mir aus meiner Verlegenheit helfen? — Natürlich, Gretchen, vorausgesetzt aber, daß Du das Original haben willst; denn das „Alerseelen“ überschriebene Gedicht des Tiroler Lyrikers Hermann von Wilm ist sehr oft auch scherzweise parodiert worden. Der Urtext lautet also:

Stell' auf den Tisch die duftenden Kefeden,
Die letzten roten Ähren trag' herbei,
Und laß uns wieder von der Liebe reden.
Wie einst im Mai.

Wid mir die Hand, daß ich sie heimlich drücke,
Und wenn man's sieht, mir ist es einleidi;
Wid mir nur einen deiner süßen Blicke
Wie einst im Mai.

Es blüht und funkelt heut' auf jedem Grabe,
Ein Tag im Jahre ist den Toten frei;
Komm' an mein Herz, daß ich dich wieder habe,
Wie einst im Mai.

A. N., Grumbach. Kann ein Hausbesitzer die Hausordnung in seinem Hause nach seinem Interesse ändern? Er überlebt z. B. die 10 mit einer 9 in dem Sag, von 10 Uhr abends ist das Musizieren und Singen nicht gestattet. — Da der Hausbesitzer die Hausordnung selbst erläßt, kann er sie auch selbständig abändern. Die frühe Festsetzung der Schlusstunde für Musizieren auf 9 Uhr widerspricht aber den allgemein üblichen Gepflogenheiten. Als allgemein übliche Zeit gilt 10 Uhr.

G. R., Reffelsdorf. Sie dürfen nach dem neuen Reichseinkommensteuergesetz, wie Sie schon selbst angeben, 1500 M. für sich, 500 M. für Ihre Ehefrau und 700 M. für jedes Kind (letzteres aber nur bei einem Einkommen bis zu 10000 M.) vom steuerpflichtigen Einkommen in Abzug bringen. Berechnigt zu dem Abzuge sind nicht nur Arbeiter und Angestellte, sondern jeder Steuerzahler. — Der Betrag der Normal- oder Grundrente eines Kriegsschädigten ist steuerpflichtig, nicht aber steuerpflichtig sind alle Teuerung-, Verschämelungs- und andere Zuschläge.

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten.

Herausgeber, Verleger und Drucker: Arthur Schunko in Wilsdruff. Verantwortlich für die Schriftleitung: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Schunko, beide in Wilsdruff.

Reffelsdorf. Lebensmittelverteilung.

Dienstag den 3. August 1920 Verteilung der Kommunalverbandswaren und des Kokosfetts. Reffelsdorf, am 2. August 1920. Der Gemeindevorstand.

Innigsten Dank
allen von nah und fern für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme, die uns und meiner nach schwerem Leiden entschlafenen, treusorgenden Gattin, unserer lieben Mutter und Schwester
Frau Anna Marie Zimmermann
geb. Kempe
während ihrer Leidenszeit und bei der Beerdigung zuteil wurden. Besonderen Dank der gesamten Bergarbeiterschaft zu Grumbach und den lieben Nachbarn für die rein kameradschaftlichen und ehrenden Beweise in schwersten Stunden.
Dir aber, liebe Entschlafene, danken wir für das unzählige Gute, was du an uns getan hast und rufen dir ein „Ruhe sanft“ in deine stille Brust nach.
Grumbach u. Kaufbach, am 31. Juli 1920.
Alwin Zimmermann und Angehörige.

Wichtig
für Grundstücksbesitzer!
Sie bewahren sich vor großem Schaden, wenn Sie jetzt ihre Pappdächer teeren und instandsetzen lassen.
Wenden Sie sich darum betr. einer kostenlosen Begutachtung Ihrer Dächer an das Bedachungsgeschäft
W. Bienert, Wilsdruff,
gepr. Dachdeckermeister. — Fernruf 400.
Grumbach Lebensmittelverteilung.
Dienstag den 3. August Verteilung der Kommunalverbandslebensmittel bei den diesigen Kaufleuten.
Mittwoch den 4. August nachmittags 4—6 Uhr Verkauf von Drecksstoff im Gemeindeamt, Meter 20,50 M., blau und grau.
Grumbach, am 31. Juli 1920.
Der Gemeindevorstand.

Bei dem Heimgange meines unvergeßlichen, innigstgeliebten Vaters, unseres lieben Vaters, Schwiegervaters, Bruders, Schwagers u. Onkels, des
Gutsbesizers Max Tamme
find uns unendlich viel Beweise inniger und herzlichster Teilnahme durch Wort, Schrift und Gesang und andäuglicher Liebe für den teuren Entschlafenen zugegangen, und die Fülle von reichem Blumenschmuck, sowie das zahlreiche ehrenvolle Geleit der Leidtragenden und des Militärvereins zum Grabe haben uns in unserem tiefen Schmerz wohlgebeten.
Für all diese zahlreichen Bezeugungen herzlichster Teilnahme sprechen wir, insbesondere auch der lieben Nachbarschaft für die Aufopferung, zugleich im Namen der übrigen Hinterbliebenen unsern
allerherzlichsten Dank aus.
Wilsdruff, am 2. August 1920.
Martha verw. Tamme geb. Grojche u. Kinder.

Vorläufige Anzeige!
Gasthof Weißer Adler
Donnerstag den 5. August
Gr. Extra-Konzert
von der Stadtkapelle.
Kernledertreibriemen
Näh- und Bänderriemen
zu billigsten Tagespreisen sofort ab Lager lieferbar.
Gerbung von Häuten und Fellen.
Bruno Breischneider, Leder- und Treibriemenfabrik
Wilsdruff.

Dienstag 8 Uhr
i. A.
Frw. Feuerwehr
Heute Dienstag abend
7,8 Uhr
Übung.
Um zahlreiches Erscheinen bittet **Das Kommando.**
Das Geheimnis
Ihrer Lebensbestimmung. Glück und Unglück. Senden Sie mir Schriftprobe, Geburtsdatum, 1 Mark und Sie erhalten eine wichtige Mitteilung. Al. Jahn, Nürnberg, Sintere Ledergasse 29.

Leinölmirniss
Bleiweiß, Serpentin
Lacke u. Pinsel
sowie sämtl. Farben
empfiehlt preiswert
Oskar Müller,
Zellaer Straße 28.
Bei Geschlechtsträgheit
von Ziegen, Schweinen, Rühen und Pferden wirkt prompt
Dr. Busfelds Mutpolver.
Zu haben:
Drogerie Paul Kleysch.
1jähr. deutscher
Schäferhund,
Todesfall halber zu verkaufen.
Frau Bogmann,
Reffelsdorf, Gemeindeamt.
Gebr. Sofa
billig zu verkaufen bei
Frau Rother, Puggschäft,
335 Dresden Straße 66

Hausmädchen
gesucht v. kinderl. Ehepaar f. dauernd nach Spechtshausen in tl. Billenhaushalt für sofort od. später. Vorzugl. Donnerstags bis Sonntag im Landhaus
Luchesi, Spechtshausen.
Strolch! Der Rätsel mehr.
Wart Du am Donnerstag in Dresden? Habe Ursache zu fragen. Brief vom Sonntag — Poststempel Meissen — erhalten. Warum jetzt auf einmal verreisen? Später bin ich nicht gegenwärtig.
Wir bitten höflichst, Anzeigen bis 10 Uhr vor-mittags anzugeben.